P1 Ihr tütet unsere Zukunft nicht ein!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.01.2020
Tagesordnungspunkt:	2. TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

Antragstext

Unser Planet erstickt im Plastikmüll. Das Aufkommen von Kunststoffverpackungen ist zwischen 2000 und 2016 um 74% gestiegen.

In Deutschland werden insgesamt 12 Millionen Tonnen Kunststoffe pro Jahr verbraucht, wovon nicht einmal die Hälfte recycelt wird, um wieder aufbereitet und neu genutzt zu werden.

Ob in Flüssen und Meeren, im Gebirge oder in den Wüsten - selbst an den abgelegensten Orten dieser Welt lässt sich Plastik finden. Plastik ist schon längst in die Organismen von Menschen und Tieren übergegangen. Plastik braucht Jahrhunderte um abgebaut zu werden und ist eine Bedrohung für Menschen und unser Ökosystem geworden. Die Plastikvermüllung des Planeten ist eine der existenziellen Fragen unserer Zeit.

Nationale Parlamente, aber auch beispielsweise das EU-Parlament beginnen, die Probleme der Plastiknutzung auf die politische Tagesordnung zu setzen. So wird in der gesamten EU eine Reihe von Einwegprodukten aus Plastik ab 2021 verboten sein. Das ist ein Anfang, aber reicht noch lange nicht, um diese Krise zu bewältigen.

Wir haben keine Lust auf einen PlasticPlanet und sagen dem Plastik den Kampf an. Denn die Zeit tickt!

Unser Plastik im globalen Süden? Nicht mit uns!

Während die Bundesregierung mit immer neuen Kampagnen zur Mülltrennung den Eindruck erweckt, Deutschland sei Recycling-Weltmeister, spricht die Realität eine andere Sprache: Deutscher und europäischer Plastikmüll landen oftmals im globalen Süden und führen dazu, dass dort Boden und Gewässer verschmutzt werden. Statt sich selbst um den eigenen Müll zu kümmern, behandelt Deutschland den globalen Süden sinnbildlich wie Dreck. Dabei wollen wir nicht länger zusehen!

Dass uns unser Plastikkonsum nicht nur Deutschland und Europa betrifft, sondern

auch die Lebensqualität der Menschen, sowie die Ökosysteme in anderen Teilen der Welt beeintächtigt, wird hier deutlich klar.

Gerade die Staaten des globalen Nordens als Spitzenkonsument*innen von Plastik müssen sich für einen fairen und nachhaltigen Umgang mit ihrem Müll einsetzen.

Unser Plastikmüll darf nicht denen zur Last fallen, die ihn gar nicht produziert haben. Und wir dürfen nicht wegsehen, wenn unser Müll in Staaten landet, die unverantwortliche Deponien betreiben und damit die Gesundheit ihrer Bürger*innen gefährden.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- den sofortigen Exportstop von deutschem und europäischen Plastikmüll auf den Weltmarkt
- das Durchsetzen eines internationales Plastikabkommens, welches die Umsetzung einer Plastikwende und ambitioniertes Recycling in allen Ländern finanziell möglich macht
- eine europäische Recycling-Strategie: Wir wollen, dass jedes Kilo Plastik, welches in der EU anfällt, auch im Gebiet der EU recyclet wird und fordern deshalb eine entsprechende Strategie auf den Weg zu bringen!

Plastiksteuer - Abgabe für den Naturschutz

Die EU-Plastikstrategie, welche die Europäische Kommission 2018 vorgelegt hat, ist mit dem Ziel, dass bis zum Jahr 2030 weniger Kunststoffe in der Umwelt landen, zunächst zu begrüßen. Diese Strategie richtet sich an alle, die mit Kunststoff zu tun haben: von den Produzent*innen über die Verbraucher*innen bis hin zur Abfallentsorgung.

Ob diese Strategie Realität wird, hängt jedoch von der praktischen Umsetzung ab und hier fehlen bis heute an vielen Stellen konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Zu einer dieser dringend nötigen Maßnahmen zählt für die GRÜNE JUGEND NRW auch eine Plastiksteuer, welche in erster Linie auf Plastikverpackungen erhoben werden soll.

Diese soll nicht auf die Konsument*innen zurückfallen, sondern die Industrie zur Kasse bitten.

Auf der einen Seite soll diese Steuer den Anreiz dafür schaffen, die Herstellung von Plastikprodukten zu reduzieren. Auf der anderen Seite soll sie die Industrie dazu bringen, langfristig auf plastikfreie Alternativen umzusteigen.

Für uns steht fest, dass eine Umstellung nur dann gelingt, wenn es sich für Produzent*innen lohnt, Plastik zu vermeiden. Für uns ist daher eine Steuer auf Plastikprodukte, analog zur GRÜNEN CO2-Steuer, eine rein logische Konsequenz. Diese Steuer soll seine Steuerungswirkung durch eine verlässliche jährliche Steigerung entfalten, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion umzustellen. Um Verbraucher*innen nicht ungerecht zu belasten, fordern wir eine Rückausschüttung in Form eines Bürger*innengeldes, welches sich aus den Einnahmen der Plastiksteuer finanziert. Denn die Verantwortung, Plastikmüll zu vemeiden, liegt in erster Linie in der Produktion und nicht bei den Endkonsument*innen.

Die GRÜNE JUGEND NRW sieht aber nicht nur die Produzent*innen der Plastikverpackungen in der Verantwortung, sondern auch die deutsche Bundesregierung, die sich dafür einsetzten muss, dass unser Plastik zu 100 Prozent recycelt wird. Damit dies auch konsequent durchgesetzt wird, soll in Zukunft jede Tonne recycelbarer Kunststoffmüll, welche nicht recycelt wurde, versteuert werden.

Wir als GRÜNE JUGEND NRW fordern:

- eine EU-weite Steuer auf Plastikverpackungen für die Hersteller*innen
- eine Rückausschüttung der Steuern in Form eines Bürger*innengeldes
- eine hohe Strafe für jede Tonne Plastikmüll, welche nicht recycelt wird
- staatliche Subventionen für Produzierende, die ihre Produktion umstellen wollen

Plastik und die Ozeane sind keine Freunde - Meeresschutz statt Plastikschmutz!

Allein im Meer werden mindestens 150 Millionen Tonnen Plastikabfall und Kunststoffe vermutet. Die direkt sichtbare Folge ist der sogenannte *Great Pacific Garbage Patch,* eine riesige Insel, die vor allem aus Plastikmüll besteht und etwa die Größe Mitteleuropas hat. Forschungen ergaben, dass es 2050 mehr Plastik als Fische in den Ozeanen geben wird.

Die Folgen von Plastik in den Meeren ist vielseits bekannt und auch messbar. So wurden bspw. in ca. 95% der Mägen von tot aufgefundenen Eissturmvögeln Plastik gefunden. Durch das Wegwerfen von Netzen, Plastiktüten etc. werden viele Meerestiere gefangen und können sich selbstständig nicht mehr befreien.

Fakt ist: Plastik bedroht die Biodiversität in den Meeren.

Jedoch sind nicht nur Plastikabfälle schädlich für die Biodiversität in den Meeren. Auch die Produktion von Plastik stellt eine große Belastung für die

Weltmeere dar.

Für die Plastikindustrie sind Erdöl und Erdgas zwei der wichtigsten Rohstoffe.

Als in den 1960er und 70er Jahren in der Nordsee Erdöl und Erdgas entdeckt wurden, entwickelte sich daraus eines der größten Investionsvorhaben der Industriegeschichte. Heute zählt die Nordsee zu den weltweit größten Fördergebieten der Offshore-Industrie.

Und auch die deutsche Plastikindustrie bezieht ihr Erdöl vorwiegend aus der Nordsee, wo es in der Vergangenheit bereits zu Vorfällen mit auslaufendem Öl kam. Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, dass rund 8.000 Quadratkilometer Nordseeboden durch Erdöl verschmutzt sind.

Unsere Gewinnung von Erdöl darf nicht länger dem Ökosystem schaden und auch die Weiterverarbeitung zu Plastik muss ohne umweltschädliche Chemikalien erfolgen.

Wir fordern, dass Plastik im Zuge einer Kreislaufwirtschaft zu 100% recycelt oder aus nachhaltigen Alternativen hergestellt wird.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- die Förderung von Projekten und Techniken, welche Plastik aus dem Ozean filtern
- ein Ende von Offshore-Ölförderung in der Nordsee
- das weltweite Verbot von Wegwerf- und Einmalplastik, mit Ausnahme der Bereiche, in denen dies dringend benötigt wird, zum Beispiel im Gesundheitswesen

Plastik als Gesundheitsrisiko

Die Verschmutzung durch Plastik beschränkt sich nicht nur auf herkömmlichen Kunststoff oder größere Plastikprodukte, sondern entsteht auch durch Mikroplastik.

Dieses Mikroplastik bildet sich entweder durch den Zerfall von Plastikprodukten oder es ist Bestandteil vieler anderer Produkte, etwa Kosmetika oder Hygieneartikel.

Mikroplastik ist kaum filterbar und gelangt über das Abwasser in die Umwelt und oftmals schließlich wieder in den Menschen.

Gerade für kleinere Lebewesen ist Mikroplastik gefährlich. Zudem besteht die

Gefahr, dass die kleinen Plastik-Partikel mit Giftstoffen angereichert sind, die die Umwelt belasten können.

Eine Gefahr für den Menschen bilden insbesondere mit Weichmachern und anderen chemischen Substanzen angereicherte Plastikprodukte, u.a. auch Kinderspielzeug oder Buntstifte.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- ein flächendeckendes Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Hygieneprodukten
- ein Verbot aller gesundheitsschädlichen Substanzen, die in Plastikprodukten vorkommen

Die Zukunft ist plastikfrei!

Es steht außer Frage, dass Plastik für viele Anwendungen ein sinnvoller und vielseitiger Werkstoff ist. Es ist aber genauso widersinnig, extrem langlebige und haltbare Kunststoffprodukte nur für wenige Tage oder gar Minuten einzusetzten.

Bei der Aufbereitung und Wiederverwendung von Kunsstoffverpackungen gibt es große Verluste an recycelbarem Material. Plastik kann nicht beliebig oft wiederverwendet werden und wenn doch, dann oftmals unter höheren Kosten als neues Plastik. Nur knapp über 10% des Plastiks auf dem Markt ist recyceltes Plastik.

Nicht nur im Verkehrs- oder Energiesektor, sondern auch in der Plastikindustrie wird eine ganze Menge an Treibhausgasen freigesetzt. Dort werden fossile Rohstoffe gewonnen, raffiniert und weiterverarbeitet. Allein bei der Herstellung einer einzelnen Plastiktüte fallen 120 Gramm CO2 an.

Aber auch in der Entsorgung von Plastik wird eine große Menge an Treibhausgasen freigesetzt, da der Großteil unseres Plastikmülls in Müllverbrennungsanlagen landet und in eben jenen verbrannt wird.

Ginge unsere Plastikproduktion ungebremst weiter, würden allein durch Kunststoffe bis 2050 ca. 52,2 Gigatonnen CO2- Emissionen erzeugt. Damit gingen zwischen 10 und 13 Prozent des verbleibenden CO2-Budgets für das 1,5 Grad-Ziel auf das Konto von Kunststoffen. Laut Schätzungen des Center for International Environmental Law soll sich die Plastikherstellung zukünftig jedoch nicht verringern, sondern sogar bis 2050 vervierfachen.

Anstelle der angestrebten Minderung von 40 Prozent bis 2020 werden in Deutschland vorraussichtlich nur etwa 32 Prozent weniger Treibhausgase im

Vergleich zu 1990 ausgestoßen werden. Um die globale Erdewärmung doch noch auf unter 1,5 Grad begrenzen zu können, bedarf es einem radikalen Klimaschutz, der auch die Plastikproduktion und -verbrennung nicht außer Acht lassen darf.

Aktuell wird das ökoligisch Abbaubare und aus Maisstärke gewonnene "Bio-Plastik" als eine Alternative zu herkömmlichem Plastik vorgestellt.

Doch das sog. "Bio-Plastik" kann nicht unsere Alternative sein. Der zur Herstellung benötigte Mais wird in der Regel in großen Monokulturen angebaut und ist damit selbst ökologisch kaum tragbar.

Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- die Förderung von Forschung im Bereich von ökologischen Plastikalternativen
- eine radikale Beschränkung für neu herzustellendes Plastik
- kurz- und mittelfristig: eine Kreislauftwirtschaft, bei der neue Plastikprodukte aus altem, recycletem Plastik gewonnen werden. Recycling muss Priorität vor der Verbrennung haben!
- Langfristig: Den kompletten Verzicht auf Plastikprodukte und der konsequente Gebrauch von anderen, ökologischen Materialien

Wir wollen jeden Supermarkt als Unverpacktladen!

In den letzten Jahren sind in deutschland viele Unverpacktläden entstanden, eine ZeroWaste Bewegung macht auf die dramatischen Folgen des Plastiks aufmerksam und erhöht so den Druck auf die Politik - dafür sind wir ihnen dankbar!

Doch wir als GRÜNE JUGEND NRW sind politische Akteurin und können nicht einfach die Antwort auf die Plastikvermüllung an Einzelpersonen abwälzen: Diese Plastikvermüllung wurde politisch erzeugt und es gilt, sie politisch zu lösen. Wir wollen in der Landespolitik eine ZeroWaste-Strategie etablieren, die zum Ziel hat, dass in NRW alle Supermärkte bis 2030 ohne Plastik auskommen können, dabei aber keine Mehrkosten für die Vebraucher*innen entstehen.

Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- eine ZeroWaste-Strategie für NRW
- kommunale Förderung von Unverpaktläden oder mietfreie Ladenlokale

Es wird Zeit, unseren Planeten vor der Plastikflut zu retten. Wir nehmen dafür

nicht diejenigen in die Pflicht, die als Verbraucher*innen oft kein Plastik kaufen wollen, sich aber teure, unverpackte Waren nicht leisten können. Stattdessen legen wir uns mit einer mächtigen Plastikindustrie an, die auf Kosten unserer Umwelt Gewinne macht.

Wir stehen für eine Politik, die für Mensch und Natur und einen plastikfreien Planeten kämpft!

Begründung

erfolgt mündlich